



Pankow ist nicht Thüringen

Die Wahl des Pankower Bezirksbürgermeisters **Sören Benn** (Linke) am 4. November 2021 mit der des Thüringer Ministerpräsidenten **Thomas Kemmerich** (FDP) am 5. Februar 2020 zu vergleichen, hinkt. Bei Kemmerich war eindeutig, dass er mit Stimmen der AfD gewählt wurde, bei Benn gilt: kann sein, muss nicht sein.

Da hilft es auch nicht, wenn der frühere Tempelhof-Schöneberger CDU-Baustadtrat **Daniel Krüger**, der die letzten fünf Jahre Stadtrat der AfD für Umwelt und öffentliche Ordnung war, behauptet, seine fünfköpfige Männerfraktion habe Benn gewählt. Benn habe mit Krüger „zusammengearbeitet“, was für einen Vertreter einer Partei am rechten Rand auszureichen scheint, um jemand einer Partei am linken Rand zu wählen. Krüger wird in der *Berliner Zeitung* mit dem Satz zitiert: „Wir haben politisch unterschiedliche Positionen, aber wir brauchen eine funktionsfähige Verwaltung und es muss ja irgendwie weitergehen.“ Eine wirklich einleuchtende Argumentation.

Es hätte auch viel einfacher gehen können, wenn sich nämlich Grüne (16 Mandate) (+4,1%), SPD (11 Mandate) (-3%) und Linke (12 Mandate) (-1,6%) auf die Wahlsiegerin **Dr. Cordelia Koch**, Spitzenkandidatin der siegreichen Grünen, verständigt hätten. Die Begründung, warum Linke und SPD keine Zählgemeinschaft mit den Grünen eingehen wollten, ist hanebüchen. „Bündnis 90/Die Grünen hätten bei den Verhandlungen über eine gemeinsame Zählgemeinschaft ihren Führungsanspruch inhaltlich nicht füllen können. „Das grüne Personal konnte keine klaren politischen Prioritäten für den Bezirk Pankow formulieren.“ *Quelle: Berliner Zeitung.*

In Pankow entscheiden also Linke und SPD über die Qualifikationen anderer Parteien und Personen. In einen Wahlgang mit 23 Stimmen zu gehen, bei dem mindestens 28 für eine Mehrheit erforderlich sind, ist abenteuerlich. Die Gefahr, dass die AfD, hier stimmt der Vergleich, wie in Thüringen, das ausnutzt, um genau die Diskussion in der Öffentlichkeit zu erzeugen, die jetzt geführt wird, lag auf der Hand. Linke und SPD haben fahrlässig gehandelt und müssen jetzt damit leben, dass ihrem Bürgermeister immer anlasten wird, wahrscheinlich mit Stimmen der AfD gewählt worden zu sein. Wenn es nicht möglich ist, eine Mehrheit ohne AfD zustande zu bringen, sollte nicht gezockt werden.

Natürlich hilft es nichts, wenn wir an dieser Stelle immer wieder darauf hinweisen, dass früher alles

besser war. Da stellte die Partei, die die Wahl gewonnen hatte, einvernehmlich mit allen anderen den Bürgermeister. Der Sündenfall erfolgte bei der Bezirksgebietsreform 2001, dem Jahrhundertprojekt von CDU und SPD, als das Bezirksverwaltungsgesetz dahingehend geändert wurde, dass „Bei der Wahl des Bezirksbürgermeisters gemeinsame Wahlvorschläge von mehreren Fraktionen als Wahlvorschläge einer Fraktion gelten.“ (§35, 2).

Verhindert werden sollte, dass die Linke, damals noch PDS, in den Ostbezirken die Bürgermeister stellt. Das ging nach hinten los, weil die PDS in einigen Bezirken allein über die absolute Mehrheit verfügte. Im Bezirksverwaltungsgesetz fehlt ein entscheidender Satz, nämlich, dass mehrere Fraktionen nur dann einen Wahlvorschlag machen dürfen, wenn sie über die Mehrheit der Mandate verfügen.

In Pankow wurde nicht nur der Bezirksbürgermeister gewählt, sondern auch die übrigen Mitglieder des Bezirksamtes: **Dr. Cordelia Koch** (Grüne), stellvertretende Bürgermeisterin, **Rona Tietje** (SPD), **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), **Cornelius Bechtler** (Grüne) und **Dominique Krössin** (Linke). Die Geschäftsverteilung, wer also für welches Amt zuständig sein wird, erfolgt in der Bezirksamtssitzung am 9. November. Linke und SPD verfügen über drei der sechs Bezirksamtsmitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Bürgermeister. **Sören Benn** kann also durchregieren. **Daniel Krügers** AfD bleibt die Zuschauerrolle, denn sie bekam nicht erneut einen Stadtratsposten und verlor 5,5% bei der Wahl. Die von Krüger erwähnte Zusammenarbeit mit Benn hat sich für ihn nicht ausgezahlt.

Am 4. November konstituierten sich in allen Bezirken die Bezirksverordnetenversammlungen. Auch wenn die Bezirksverordnetenversammlungen keine Parlamente sind, so gilt doch, dass die stärkste Partei den Vorsteher stellt, es sei denn, es gibt einen Zählgemeinschaftsdeal wie in Tempelhof-Schöneberg, wo der bisherige Vorsteher **Stefan Böltes** wiedergewählt wurde, obwohl seine Partei 0,1 Prozent hinter den Grünen liegt. Das nennt man Vertrauensbeweis, wofür es in Tempelhof-Schöneberg schon einmal ein Beispiel gab, als **Rainer Kotecki** erneut zum Vorsteher gewählt wurde, obwohl seine Partei, die CDU, nicht die stärkste in der BVV war. Damals gab es eine Zählgemeinschaft zwischen SPD und CDU.

Was bisher an Informationen über die neuen Bezirksämter verfügbar ist, entnehmen Sie bitte dem Anhang, der regelmäßig aktualisiert wird.

Ed Koch